

PRESSEinformation

Viel zu viele Bäume sollen für rücksichtslose Planung sterben

Der BUND kritisiert mit einer Aktion das Verfahren zur Bebauung des Geländes des ehemaligen Oststadtkrankenhauses und appelliert an den Rat der Landeshauptstadt Hannover, den Bebauungsplan abzulehnen

Hannover, 10.07.2015 – Für die geplante Bebauung des Geländes des ehemaligen Oststadtkrankenhauses sollen insgesamt ca. 300 Bäume, teilweise völlig unnötig, geopfert werden. Auf die Durchführung einer detaillierten Umweltprüfung wird durch einen Trick der Verwaltung verzichtet. Diese Vorgehensweise wird vom BUND nicht akzeptiert. Das Gelände in der Oststadt ist aus ökologischer Sicht sehr wertvoll, da sich hier mitten in der Stadt ein großes, weitgehend unversiegeltes Gelände mit rund 400 Bäumen befindet. „Statt Tabula rasa zu machen, sollte sich die zukünftige Bebauung an den wertvollen alten Baumbestand anpassen“, sagt Armin Steiner vom BUND Region Hannover.

Derzeit laufen diverse Planungen zur Bebauung des Geländes des ehemaligen Oststadtkrankenhauses. Im ersten Schritt wurde durch das Stadtplanungsamt ein offener, einphasiger städtebaulicher Wettbewerb ausgeschrieben. Bei diesem wurden von der Verwaltung – wie so oft zuvor – keine konkreten Vorgaben gemacht, die Natur und den schönen Baumbestand in irgendeiner Weise bei der Planung zu berücksichtigen und soweit wie möglich zu schützen. Der erste Preis der Morpho-Logic Architektur und Stadtplanung, München, sieht leider eine Bebauung vor, die kaum Rücksicht auf die teilweise parkartigen Grünflächen nimmt. Anregungen von BUND und NABU, die mit einer Simulation gezeigt hatten, dass hier über 300 der knapp 400 Bäume gefällt werden müssen, wurden von der Verwaltung ignoriert, obwohl es rein planerisch möglich wäre, hier baumschonend zu bauen.

Und es kommt noch schlimmer: Um jetzt einen Teil des Geländes im beschleunigten Verfahren bebauen zu können, wurde in dem Bebauungsplan Nr. 1318 „Podbielskistraße / Pasteurallee“ ein Stück des zusammenhängenden Geländes herausgenommen. Die Begründung hierfür ist wenig überzeugend. Es wird versucht, den engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang dieses Bebauungsplans mit dem übrigen Gelände des ehemaligen Oststadtkrankenhauses klein zu reden. „Warum“, fragt Georg Wilhelm vom BUND Region Hannover, „wurde dann das gesamte Gelände zuvor einem einzigen städtebaulichen Wettbewerb unterworfen? Auch der zeitliche Zusammenhang ist gegeben, denn es laufen bereits konkrete Vorbereitungen für die Beplanung des restlichen Geländes.“

Die wenig stichhaltige Begründung wird noch dadurch getoppt, dass in einem sogenannten „vereinfachten“ Verfahren keine Umweltprüfung vorgenommen wird. Armin Steiner ist völlig konsterniert: „Alleine bei dieser Bebauung, die nur einen kleinen Teil des Geländes betrifft, könnten 62 von 65 Bäumen gefällt werden, die unter die Baumschutzsatzung der Stadt Hannover fallen. Lediglich drei Bäume werden planungsrechtlich gesichert, indem sie als zu erhaltende Bäume im Bebauungsplan festgesetzt werden. Über die weiteren Bäume werden keine Aussagen getroffen. Es steht das Schlimmste zu befürchten!“

Der BUND betont, dass allein bei der avifaunistischen Kartierung 23 Vogelarten festgestellt wurden und vermutlich in diesem wertvollen Baumbestand noch Fledermaushöhlen zu finden sind. „Jeder große Baum in der Stadt hilft, die Folgen

des Klimawandels zu mildern und sorgt für frische Luft“, ergänzt Lotta Braunert vom BUND.

Das Beispiel zeigt, dass bei der Bebauung von so sensiblen Geländen wie dem des ehemaligen Oststadtkrankenhauses auf die Belange der Natur von der Bauverwaltung zu wenig Rücksicht genommen wird. Der BUND appelliert daher dringend an den Rat der Landeshauptstadt Hannover, diesen Bebauungsplan abzulehnen und stattdessen einen regulären Bebauungsplan für das gesamte Gelände des ehemaligen Oststadtkrankenhauses aufzustellen. Dabei sollte festgesetzt werden, die Bebauung an den besonders erhaltenswerten Baumbestand anzupassen und die überwiegende Anzahl der Bäume zu erhalten.

Anhang: Zitat aus der Begründung zum Bebauungsplan:

„Ein Bebauungsplan darf im beschleunigten Verfahren nur aufgestellt werden, wenn in ihm eine zulässige Grundfläche festgesetzt wird von insgesamt weniger als 20.000 Quadratmetern [Anmerkung: das gesamte Gelände des ehemaligen Oststadtkrankenhauses umfasst etwa 70.000 Quadratmeter]. Dabei sind die Grundflächen mehrerer Bebauungspläne, die in einem engen sachlichen, räumlichen und zeitlichen Zusammenhang aufgestellt werden, mitzurechnen.

Das vorliegende Planverfahren ist jedoch für sich allein zu betrachten, da für diese Fläche bereits mehrere Planungsanläufe in den Jahren 2002 und 2008 stattgefunden haben, die jedoch wieder verworfen wurden. Ziel war es immer, ein raumwirksames Gebäude an der Einmündung Podbielskistraße / Pasteurallee mit Verwaltungs-, Büro- oder medizinischen Nutzungen zu ermöglichen. Auch in der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit im Jahr 2012 für den Bebauungsplan Nr. 1761 ist erkennbar, dass für die Fläche entlang der Podbielskistraße ganz andere Ziele verfolgt werden als für das Krankenhausgelände.

Insofern diene dieser Verfahrensschritt sowie der daran anschließende Wettbewerb nur zur Abstimmung hinsichtlich der städtebaulichen Form. Ein enger sachlicher und zeitlicher Zusammenhang im Sinne der Vorschrift ist hier zu verneinen, da ein eigenständiges Projekt realisiert werden soll, das zwar im städtebaulichen Kontext mit dem südlich gelegenen Gebiet des Oststadtkrankenhauses geplant wird, jedoch schon über Jahre unabhängig von der Restfläche verfolgt wird und realisiert werden kann.

Auch ein zeitlicher Zusammenhang besteht nicht, denn dieser Bebauungsplan ist auch aus den oben genannten Gründen kein wesentlicher Bestandteil einer einheitlichen städtebaulichen Maßnahme auf dem Gesamtgelände. Gegenwärtig wird das ehemalige Klinikum Oststadt-Heidehaus als Flüchtlingsunterkunft genutzt und dementsprechend ist eine Realisierung der Planung (aus zeitlicher Sicht) noch offen. Hier liegt zwar eine umfassende Planung vor, die jedoch in Abschnitten nach bestimmten Zeitvorstellungen vorgenommen wird.“

Rückfragen:

René Hertwig – Naturschutzreferent BUND Region Hannover
0176-31749486

Fotos:

BUND Region Hannover „BUND Aktion am Oststadtkrankenhaus“